

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://x.com/AI\\_El\\_Salvador](https://x.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.youtube.com/@amnestyelsalvador>  
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



25. März 2025

## UNRECHTMÄSSIGE DEPORTATIONEN NACH EL SALVADOR INMITTEN EINES ANHALTENDEN AUSNAHMEZUSTANDS GEFÄHRDEN MENSCHENLEBEN

Pressemitteilung

Kürzlich wurden 238 venezolanische Staatsbürger unter dem Vorwurf, zu der kriminellen Bande „Tren de Aragua“ zu gehören, widerrechtlich aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador deportiert, obwohl es eine gerichtliche Anweisung gab, die die Abschiebung verbot. Als Reaktion darauf erklärte Ana Piquer, Amerika-Direktorin bei Amnesty International, Folgendes:

**„Die Deportation von 238 Personen aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador trotz eines Gerichtsbeschlusses, der ihre Abschiebung ausdrücklich untersagte, stellt nicht nur eine eklatante Missachtung der Menschenrechtsverpflichtungen der USA dar, sondern auch einen gefährlichen Schritt hin zu autoritären Praktiken, weil die Trump-Regierung den US-Bundesrichter missachtete und jetzt seine Absetzung aus dem US-Justizsystem fordert. Es ist auch eine gefährliche Befürwortung der auf Bestrafung ausgelegten Sicherheitsagenda von Präsident Bukele.“**

**Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

Öffentlich zugänglichen Informationen zufolge wurden Personen deportiert, die sich mitten in einem Gerichtsverfahren befanden, die verhaftet wurden, obwohl sie ihren Einwanderungspflichten nachgekommen waren, die in den USA bereits unter dem Übereinkommen gegen Folter und anderen Verträgen Schutz genossen oder die aufgrund ihrer Tätowierungen oder ihrer Verbindung zum venezolanischen Bundesstaat Aragua ohne weitere Beweise als Bandenmitglieder eingestuft wurden. Tatsächlich haben Mitarbeitende der US-Einwanderungs- und Zollbehörden selbst zugegeben, dass „viele“ keine Vorstrafen hatten und einige deportiert wurden, weil man davon ausging, dass sie in Zukunft Straftaten begehen könnten. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Deportationen nicht um Abschiebungen handelt, die nach US-Recht ein festes Verfahren haben. Diese Personen wurden ohne Abschiebungsbefehle außer Landes gebracht, offenbar um in einem System auf

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



unbestimmte Zeit im Gefängnis zu sitzen, in dem grundlegende Menschenrechte routinemäßig ignoriert werden.

Unter Präsident Bukele ist El Salvador zu einem Vorbild für einen alarmierenden Trend in Nord- und Südamerika geworden, bei dem Masseninhaftierungen, fehlende Kontrolle über die Exekutive und die Kriminalisierung marginalisierter Gemeinschaften als Lösungen für Kriminalität dargestellt werden. Amnesty International hat die unmenschlichen Bedingungen in den Haftanstalten El Salvadors, einschließlich des Centro de Confinamiento del Terrorismo (CECOT), in dem die Deportierten jetzt festgehalten werden, ausführlich [dokumentiert](#). Berichte weisen auf extreme Überbelegung, das Fehlen angemessener medizinischer Versorgung und häufige Misshandlungen hin, die grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommen. Darüber hinaus haben salvadorianische Organisationen vom Tod von mehr als 300 Menschen in staatlichem Gewahrsam berichtet, in einigen Fällen mit deutlichen Anzeichen von Gewalt. Kein Mensch sollte solchen Bedingungen ausgesetzt werden.

**„Es besteht ein eindeutiger und besorgniserregender Zusammenhang zwischen dem sogenannten „Sicherheits“-Modell von Präsident Bukele in El Salvador und den Maßnahmen, die die USA kürzlich in Bezug auf Migrant\*innen und Schutzsuchende ergriffen haben. Beide beruhen auf dem Fehlen von ordnungsgemäßen Verfahren und der Kriminalisierung von Menschen auf der Grundlage diskriminierender Kriterien (...). Diese Politik ist zutiefst ungerecht und verstößt gegen internationale Menschenrechtsstandards.“**

**Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

Es besteht ein eindeutiger und besorgniserregender Zusammenhang zwischen dem sogenannten „Sicherheits“-Modell von Präsident Bukele in El Salvador und den Maßnahmen, die die USA kürzlich in Bezug auf Migrant\*innen und Schutzsuchende ergriffen haben. Beide beruhen auf dem Fehlen von ordnungsgemäßen Verfahren und der Kriminalisierung von Menschen auf der Grundlage diskriminierender Kriterien. In El Salvador richtet sich diese Diskriminierung gegen Personen, die in verarmten Gemeinden leben, prekäre Jobs haben, geringe Bildung aufweisen oder sichtbar tätowiert sind. Ebenso werden in den USA Venezolaner\*innen, die aus der Not fliehen und Schutz suchen, aufgrund ihrer Tätowierungen oder ihrer Verbindungen zum venezolanischen Bundesstaat Aragua oder aufgrund rassistischer Lügen über Verbindungen zu transnationalen kriminellen Gruppen aus ihrem Heimatland als Kriminelle abgestempelt. Diese Politik ist zutiefst ungerecht und verstößt gegen internationale Menschenrechtsstandards.

Der Grundsatz der Nichtzurückweisung, ein Eckpfeiler der internationalen Menschenrechtsnormen, verbietet es Staaten eindeutig, Personen in ein Land auszuweisen, zurückzuschicken oder abzuschieben, in dem für sie ein reales Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Inhaftierung oder Folter und andere Misshandlungen besteht. Durch die Überstellung von Menschen nach El Salvador unter diesen Umständen haben die USA sie in große Gefahr gebracht und sind ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Darüber hinaus muss El Salvador zur Rechenschaft gezogen werden, weil es eine Politik unterstützt, die die Rechte von Migrant\*innen und Schutzsuchenden verletzt. Jede anschließende Abschiebung dieser Personen von El Salvador nach Venezuela wäre ebenfalls ein Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat die Staaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Venezolaner nicht deportiert, ausgewiesen oder zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen werden. Amnesty International hat ein absolutes Verbot aller Abschiebungen nach Venezuela gefordert, da es in dem Land zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt.



**„Am 27. März 2025 wird der Ausnahmezustand in El Salvador seit drei vollen Jahren in Kraft sein. Dieser Ausnahmezustand hat Missbrauchsmuster institutionalisiert, die sich nun über die Landesgrenzen hinaus verbreiten und den internationalen Menschenrechtsrahmen weiter schwächen. (...) Anstatt diese Praktiken zu verurteilen, scheinen andere Regierungen - wie die USA - bereit zu sein, sie zu imitieren.“**

**Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

Besonders besorgniserregend ist, dass die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in El Salvador sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zur Norm wird. Anstatt diese Praktiken zu verurteilen, scheinen andere Regierungen - wie die USA - bereit zu sein, sie zu imitieren. Dies ist die gefährliche Konsequenz, wenn autoritäre Praktiken systematisch und immer wiederkehrend werden: Sie sind dann keine Einzelfälle mehr, sondern werden zur offiziellen Staatspolitik. Am 27. März 2025 wird der Ausnahmezustand in El Salvador bereits seit drei vollen Jahren in Kraft sein. Dieser Ausnahmezustand hat Missbrauchsmuster institutionalisiert, die sich nun über die Landesgrenzen hinaus verbreiten und den internationalen Menschenrechtsrahmen weiter schwächen.

Amnesty International fordert die Regierungen von El Salvador und anderen Ländern in Nord- und Südamerika auf, von ungerechten Deportations- und Abschiebeprogrammen Abstand zu nehmen.

**Amnesty International fordert die Regierungen von El Salvador und anderen Ländern in Nord- und Südamerika auf, von ungerechten Deportations- und Abschiebeprogrammen Abstand zu nehmen.**

**Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

Die salvadorianische Regierung muss dringend im ganzen Land die Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen und die Menschenrechte, Sicherheit und Würde aller derzeit Inhaftierten garantieren, einschließlich der mehr als 84.000 Menschen, die während des derzeitigen Ausnahmezustands festgenommen worden sind. Die salvadorianische Regierung muss sicherstellen, dass ihre Politik und ihre Praktiken nicht zu weiteren Menschenrechtsverletzungen führen oder gefährdete Menschen in Gefahr bringen.

Wir fordern die US-Regierung außerdem auf, Personen, die illegal nach El Salvador deportiert wurden, unverzüglich zurückzuholen, alle Abschiebungen im Rahmen dieser Durchführungsverordnung zu beenden, den Entscheidungen der US-Justizbehörden Folge zu leisten, alle Masseninhaftierungs- und Abschiebeprogramme unverzüglich auszusetzen und das Recht auf Asyl an der Südgrenze der Vereinigten Staaten wiederherzustellen.

Amnesty International ist solidarisch mit den von dieser ungerechten Politik Betroffenen und wird sich weiterhin für den Schutz der Menschenrechte in Amerika und anderswo einsetzen.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe  
Verbindlich ist das englische Original:

**Unlawful Expulsions to El Salvador Endanger Lives Amid Ongoing State of Emergency, 25. März 2025**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/03/unlawful-expulsions-to-el-salvador-endanger-lives-amid-ongoing-state-of-emergency/>

